



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/71 - 25.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zu den bayerischen Gemeindewahlen am 30. März	S. 1
Kulissenkämpfe in Kairo	S. 3
Dänische Kulturoffensive in Südschleswig	S. 5

57000 Ratsstühle sind zu besetzen

K.T. Am 30. März werden rund sechs Millionen Wahlberechtigte in Bayern entscheiden, wer die etwa 57000 Ratsstühle besetzt und wer die 61 berufsmäßigen und 7031 ehrenamtlichen Bürgermeister und 142 Landräte stellt. Fast wäre in letzter Stunde durch eine Entscheidung des bayerischen Verfassungsgerichtshofes, der die Fünf-Prozent-Klausel als verfassungswidrig angesehen und aufgehoben hat, die Wahl noch auf einen späteren Termin verschoben worden. Die FDP-Fraktion des Bayerischen Landtags hatte einen entsprechenden Antrag gestellt, der aber dann begrüßenswerterweise von der Mehrheit des Landtags abgelehnt wurde. Es ist das besondere Verdienst des bayerischen Innenministers Dr. Wilhelm Hoegner (SPD), der die Landtagsmitglieder davon überzeugen konnte, daß selbst durch den Fortfall dieser Klausel weiteren politischen "Klüngelchen", die aufgrund der vorher bestehenden Fünf-Prozent-Klausel von der Abgabe einer Wahlliste abgesehen hatten, keine rechtliche Grundlage für eine Anfechtungsklage der Wahl gegeben ist.

Wohin es aber führt, wenn man die Fünf-Prozent-Klausel für die Kommunalwahlen und die Zehn-Prozent-Klausel für die Landtagswahlen in Zukunft fallen läßt, zeigt deutlich das Beispiel der bayerischen Landeshauptstadt. Abgesehen von den großen im Parlament vertretenen Parteien, der SPD, CSU, Bayernpartei und FDP, haben hier weitere elf Parteien und politische Wählergruppen

ihre Kandidaten aufgestellt. Genau einen Tag nach Bekanntwerden des Urteils des Verfassungsgerichtshofes versuchten allein in München neun weitere Wählergruppen eine Nachmeldung durchzuführen, so daß im gegebenen Falle sich 24 Parteien an die Wähler gewandt hätten.

Die Zerrissenheit der politischen Anschauungen und die Vielgestaltigkeit des Wahlzettels machten es schwer, hinsichtlich des Wahlausgangs eine sichere Prognose zu stellen. Die großen Parteien werden ihre Stimmen halten können, doch in manchen Gemeinden wird diese oder jene überparteiliche Persönlichkeit nach der Wahl im Vordergrund stehen. Es ist lediglich die SPD, die als einzige Partei jede Listenverbindung abgelehnt hat und jeden politischen Kuhhandel dadurch unterband. Haben zuvor auch die bürgerlichen Parteien, CSU, Bayernpartei und FDP versucht, durch eine gemeinsame Liste in fast allen größeren Städten und Gemeinden einen bürgerlichen Kampfblock gegen die SPD zu errichten, so wurde schließlich doch nichts aus diesem Vorhaben, weil man sich in den meisten Fällen nicht einigen konnte. Es hat im allgemeinen jede Partei ihre eigenen Kandidaten aufgestellt.

Betrachtet man das Ergebnis der letzten Gemeindevahlen vom 25. und 30. April 1948 (Zahlen in Klammern Landtagswahlen 1950), wo die CSU 37,7 (27,4), SPD 23,7 (28), Bayernpartei 8,7 (17,2), FDP 5,1 (7,1), KP 4,6 (1,9), WAV 1,7 (2,8) und Flüchtlingsparteien 12,3 (BHE/DG 12,3) Prozent aller abgegebenen Stimmen hatten, so dürfte sich das Ergebnis am 30. März im allgemeinen nicht stark verändern. Der bayerische Wähler ist einmal sehr konservativ und bleibt seiner Partei treu und zum anderen ist der Charakter einer Kommunalwahl nicht mit einer Landtagswahl zu vergleichen. Als einzige Partei wird aller Voraussicht nach die von dem Bundestagsabgeordneten Loritz geführte WAV in Bayern von der politischen Bühne abtreten müssen.

Interessant ist, daß die Sprecher der Bonner Regierungsparteien im Wahlkampf bisher kaum zu den kommunalpolitischen Fragen Stellung genommen haben, sondern in ihren Reden der Akzent auf die Bonner Regierungspolitik verlegten. Der bisher geführte Wahlkampf war fair und es scheint, als hätte man auch in Bayern erkannt, daß eine Wahlkampagne noch lange keine "blutige" Wahlschlacht sein muß. Lediglich der Bayernpartei blieb es in einigen Fällen vorbehalten, mit ihrer bekannten Art der Preußenhetze und ihres Kampfes gegen den Zentralismus und der Behauptung, daß die SPD eine "kirchenfeindliche" Partei sei, diesen Rahmen zu sprengen. Infolge des durch Panaschieren und Kumulieren komplizierten Wahlsystems wird das endgültige Ergebnis der Gemeindevahlen erst acht Tage nach der Wahl feststehen.

+ + +

Hilali Paschas großes Spiel

f. Allmählich zeichnet sich in aller Deutlichkeit ab, was die Hintergründe des überraschenden Sturzes Nahas Paschas und des nicht minder plötzlichen Rücktritts seines Nachfolgers Ali Maher Pascha gewesen sind. Die Feindschaft zwischen König Faruk und dem Wafd-Führer Nahas Pascha ist alt und offensichtlich unüberbrückbar. Der König hat im Jahre 1950 Nahas Pascha als den Führer der mit weitem Abstand größten Partei des Landes mit dem Posten des Premiers betrauen müssen, so sehr ihm das auch widerstrebt hat. Der Wafd-Partei ist der Kampf um die Unabhängigkeit des Landes oberstes Gesetz. Sie ist nach diesem Gesetz angetreten, und alles was Ägypten an Selbständigkeit den Briten abgerungen hat seit dem Ende des ersten Weltkrieges verdankt es ihr. Es ist ein Rest britischer Macht auf ägyptischem Boden geblieben: Die Suezkanalzone. Zu seiner Beseitigung sind zahlreiche britisch-ägyptische Gespräche und Verhandlungen geführt worden. Sie sind alle gescheitert. Merkwürdigerweise war nicht die Suezkanalzone dabei der entscheidende Grund, sondern die Südanfrage.

Kairo hat die beiden Fragen nicht trennen und nacheinander verhandeln wollen, mit dem Ergebnis, daß bis auf den heutigen Tag keine geregelt worden ist. Nahas Pascha hat sich beide wieder aufgerollt und durch die einseitige Kündigung der Verträge erledigen wollen, obwohl er wußte, daß das offenen Kampf bedeute. Er hat ihn mit Freischärlern geführt, weil der Einsatz der Ägyptischen Armee der Krieg und zwar ein von vornherein verlorener Krieg gewesen wäre. Die Zerreißung der Verträge ist von Faruk gebilligt worden. Als Kairo am 26. Januar in Flammen aufzugehen drohte, hat er eingegriffen und die bis dahin untätige Armee eingesetzt, zum Sturz des ihm verhassten Nahas Pascha.

Der von Faruk eingesetzte Premier Ali Maher Pascha hat den vom Hofe gewünschten Kampf gegen die Wafd-Partei nicht mit der von Faruk erhofften Energie geführt. Vor allem aber hat er nicht das Parlament nach Hause schicken und mit dem Notrecht allein regieren wollen. Damit war sein Schicksal besiegelt. Am dem Tage, an dem

die neuen Verhandlungen zur Beilegung des britisch-ägyptischen Konfliktes beginnen sollte, ist er von Faruk gestürzt worden.

Der neue Premier Hilali Pascha hat gar nicht erst den ernstlichen Versuch gemacht, eine parlamentarische Basis zu gewinnen. Er hat das Parlament zunächst beurlaubt und dann aufgelöst. Inzwischen beschäftigt er sich vorwiegend mit der Spaltung der Wafd-Partei, der er bis zum vorigen Jahr angehört hat. Er hat zwei Minister Nahas Paschas ohne Gerichtsurteil unter Hausarrest gestellt und auf ihre Landsitze außerhalb Kairos verbannt. Das Standrecht hat ihm die Handhabe dazu gegeben.

Die Rechnung des Premiers ist klar. Fraglich ist nur, ob sie bis zu den Neuwahlen am 18. Mai aufgeht. Hilali Pascha kann das Spiel nur gewinnen, wenn London jenen Forderungen nachgibt, die nicht er, sondern Nahas Pascha erhoben hat: Räumung der Suezkanalzone und Vereinigung Ägyptens mit dem Sudan. Gelänge ihm das, dann hätte er die Wafd-Partei überspielt und damit die Chance, sie zu spalten. Bliebe ihm der Erfolg versagt, dann steht er politisch vor dem Nichts, das Land vielleicht vor neuem Aufbruch.

+ + +

Das Rheinwasser - eine Existenzfrage

Verhandlungen mit der französischen Regierung werden in einer unter der Mitwirkung von zahlreichen Sachverständigen verfaßten Denkschrift des badischen Landwirtschaftsministeriums gefordert, um eine Mindestwassermenge für das alte Bett des Rheins zu sichern. Diese Forderung wird gewiß auch ein Programmpunkt der kommenden südwestdeutschen Regierung sein. Der Bau des französischen Rheinseitenkanals, der von Kembs bei Basel bis zur Höhe von Straßburg durchgeführt wird und bei seinem Beginn heftig umstritten wurde, hat nach der Darstellung der Denkschrift schon jetzt - zwei Jahre später - zu einer starken Austrocknung der Obstkulturen und Äcker auf der deutschen Seite geführt und großen Schaden verursacht. (Über 100 Millionen Mark). Zur Sicherung der Land- und Forstwirtschaft, die von der Versteppung bedroht werden, müssen nach dem Ausbau des Kanals über 30 Millionen Mark aufgewandt werden. Bei den Verhandlungen mit Frankreich wollen die beteiligten deutschen Stellen auch über die Möglichkeit einer Wasserentnahme aus dem Rhein zur Bewässerung rechtsrheinischer Anbaugebiete verhandeln.

H.

+ + +

Neu entflammter deutsch-dänischer Kulturkampf

ae. Im äußersten Norden der Bundesrepublik, an der deutsch-dänischen Grenze, ist ein Schulkampf um die Kinder entbrannt, der den nationalistischen Heißspornen dies- und jenseits der Grenze willkommenen Gelegenheit zu unheilvollem Wirken gibt. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch konzentrierte die dänische Minderheit von Südschleswig ihre Aufmerksamkeit auf einen möglichen Anschluß an Dänemark. Die Überschwemmung mit Ostvertriebenen ließ die dänische Minderheit rasch anschwellen; viele Deutsche glaubten den Folgen des verlorenen Krieges zu entgehen, indem sie sich als Dänen bekannten. Aber die Anschlußträume verflogen; das seinerzeit sozialdemokratisch regierte Dänemark schloß mit dem damaligen sozialdemokratischen Kabinett Dieckmann das sogenannte Kieler Abkommen, das die Rechte der dänischen Minderheit gesetzlich regelte und dem Grenzstreit seine vergiftende Schärfe nahm. Dieses wahrhaft staatsmännische und in seiner Art einzigartige Abkommen ist heute in Gefahr unterhöhlt zu werden, und die Schuld liegt auf beiden Seiten.

Die dänische Minderheit, unterstützt von reichlich fließenden Geldern aus dem Norden, baut in einem messianischen Eifer Schulen auch in Gebieten Südschlewigs, in denen es nur wenige Vollblutdänen gibt. Hier einige Zahlen: 1939 gab es in Südschleswig acht dänische Schulen mit 810 Kindern, 1947 51 Schulen mit 8789 Kindern und 1950 79 Schulen mit 12000 Kindern. Weitere 20 Schulen sind im Bau oder geplant. In der Stadt Schleswig zählt die dänische Minderheit 4000 Köpfe, davon 400 schulpflichtige Kinder. Für diese allein wurden zwei Schulen errichtet mit einer Kapazität für 1200 Kinder. Die dänischen Schulen sind modern, weitläufig, mit allen neuzeitlichen Erziehungsmitteln ausgestattet, gewähren Lernfreiheit und kostenfreies Mittagessen und sind mit den besten Lehrkräften besetzt - kein Wunder, wenn der Anziehungskraft dieser Schulen auch viele deutsche Eltern erliegen.

Die Gefahr, daß rein deutsche Kinder ihrem Volkstum entfremdet werden, ist groß und die Unruhe über diese dänische Kulturoffensive verständlich. Nur ist es mit dem Aufwühlen nationalistischer Leidenschaften und dem Bau von "Grenzland-Akademien" nicht getan. Was die deutschen Kinder dieser umstrittenen Grenzgebiete benötigen, sind bessere Schulen, als die bisherigen und die gleichen Erziehungsmöglichkeiten, wie sie die dänischen Kinder genießen. Im Vergleich zu den dänischen Schulen sind die deutschen überfüllt; so kommen immer noch im Durchschnitt 50 Schüler auf eine Volksschulklasse. Statt neue Lehrer einzustellen, ist die gegenwärtige Landesregierung in Kiel dabei, Lehrer zu entlassen und das ohnehin reformbedürftige Volksschulsystem noch mehr zu verschlechtern. Sie schafft durch ihre unzulängliche Schulpolitik erst den Boden, auf dem die dänische Kulturoffensive gedeihen kann.

+ + +

Sitzung des Parteivorstandes

Für die angekündigte Sitzung des Parteivorstandes, Parteiausschusses und der Kontrollkommission am Mittwoch, den 9. April und Donnerstag, den 10. April 1952 im Sitzungszimmer der Bundestagsfraktion ist folgende vorläufige Tagesordnung vorgesehen:

1. Die politische Situation;
2. Organisationspolitische Vorbereitungen für den Wahlkampf.

Verantwortlich: Peter Raukau